

# **Falschaussagen, Fehler, Verfehlungen und Irrtümer in den Gesellschaftswissenschaften und in der Politik**

Eine für notwendige befundene Aufarbeitung von Dr. Manfred Pohl

In den nachfolgenden Zusammenstellungen benenne ich politische und gesellschaftliche Fehlentscheidungen und Verirrungen auf unterschiedlichen Gebieten in Politik und Gesellschaft, die in der Summe unser Land in den Ruin führen, sollten sie nicht in angemessener Frist beseitigt werden. Man erkennt an der großen Zahl der genannten Führungsfehler die Unfähigkeit der Regierungsparteien, das Land zu führen, es vorwärtszuentwickeln und den Wohlstand des Volkes zu mehren. Diese Unfähigkeit ist zum überwiegenden Teil auf mangelnde Qualifizierung und auf allgemeine Bildungsdefizite, sowie teilweise auch auf eingeschränkte Intelligenz der Führungskräfte in allen Ebenen, aber auch auf ihre unterentwickelte menschliche Reife zurückzuführen. In vier Kategorien machen die nachfolgend aufgelisteten Probleme auf sich aufmerksam. Die Reihenfolge der Auflistung folgt keiner kategorisierten Ordnung, die für den verfolgten Zweck keine Bedeutung hat.

## **1. Wirtschaftsentscheidungen der Regierung mit katastrophalen Folgen für Deutschland**

1. Das Abschalten der Atomkraftwerke und ihr Ersetzen durch Kohlekraftwerke – das ist weder wirtschaftlich, noch ökologisch, noch politisch sinnvoll. Es ist eine einseitige deutsche Arroganz gegenüber anderen Auffassungen in der ganzen Welt, die von der Bevölkerung nicht geteilt wird.
2. Der CO<sub>2</sub>-Preis – er ist eine Strafzahlung der Bevölkerung, ähnlich dem Ablaßhandel der katholischen Kirche im Mittelalter, eine Art Freikauf von den „Sünden“ der CO<sub>2</sub>-Erzeugung, jedoch ohne eine Entscheidungsoption des Einzelnen und ohne gesellschaftlichen Nutzen.
3. Die sogenannte Fleischsteuer – ein Trick zum weiteren Preisauftrieb für Lebensmittel mit der unvermeidbaren Folge der Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung.
4. Die Streichung der Agrarsubventionen – die deutsche Landwirtschaft ist dadurch international nicht mehr zukunftsfähig, sie wird durch billigere Importe ruiniert, national führt der Subventionsausfall zu Preisanstiegen für Lebensmittel und zur Schließung landwirtschaftlicher Betriebe.
5. Das generelle Verbot aller Verbrennungsmotoren für PKW – es zerstört eine gesamte Industriebranche ohne einen nennenswerten Nutzen zu erbringen.
6. Das Gebäudeenergiegesetz – ist eine grüne Fehlleistung ohne einen erkennbaren Vorteil für Deutschland, es ist eine Straftat gegen das Privateigentum der Bürger.
7. Bundeswirtschaftsminister Habeck erklärt in einem Panel beim WEF in Davos, er wünsche sich die Auflösung Deutschlands, denn er hofft laut eigener Aussage auf eine „gemeinsame europäische Republik“, die den Verbund souveräner Nationalstaaten ablöst. Damit wiederholte er die Einblicke in seine schädlichen Absichten für das Land, das er zum Wohle der Bevölkerung regieren soll.
8. Das Bürgergeld für jeden – es lähmt den Arbeitsmarkt, untergräbt den Anreiz zu arbeiten, weil es nicht deutlich unterhalb eines beliebigen Arbeitslohns liegt.

9. Mit dem Bürgergeld für jeden – wird eine Generation von Arbeitsunwilligen herangezogen, weil Arbeit insbesondere im Niedriglohnbereich weniger einbringt als der Bezug des Bürgergelds.
10. Das sogenannte „Grunderbe“, ein 20.000-Euro-Geschenk ohne Bedingungen an junge Heranwachsende, die das 18. Lebensjahr vollenden – ist ein großangelegtes Mißvorhaben zur Fehlerziehung der jungen Generation, mit dem keine Leistungen mehr gefordert werden. Das Leistungsprinzip wird defacto abgeschafft.
11. Die unmäßigen, fehlbezogenen, oftmals milliardenschweren Geldschenkungen Deutschlands an andere Länder – es sind in der Mehrheit Mittel für Maßnahmen, für die Deutschland keine Zuständigkeit hat. Es sind Mittel, die der deutschen Bevölkerung fehlen.
12. Der falsche politische Grundsatz, das Gesundheitswesen als Wirtschaftsunternehmen zu betreiben, das Gewinne erbringen soll – er schmälert umfassend die medizinischen Leistungen in allen Ebenen, begünstigt den Betrug an den Gesundheitsversicherungsunternehmen, unterläuft die medizinische Forschungstätigkeit.
13. Der überzogene und völlig nutzlose Bürokratismus für die Landwirte, unnütze Auflagen, Restriktionen und Verbote.
14. Der überspitzte Bürokratismus mit unnützen Auflagen für Ärzte und Krankenhäuser.

## **2. Tendenziöser, inakzeptabler und demokratiefeindlicher Umgang mit regierungskritischen Meinungen**

1. Alle nichtregierungskonformen Meinungen werden prinzipiell und ohne Begründung rechtsextrem oder neonazistisch genannt.
2. Alle Regimekritiker werden als Neo-Nazis eingeordnet.
3. Die gesamte AfD wird mit Rechtsradikalen gleichgesetzt. Sie wird als Naziartei bezeichnet und vom Verfassungsschutz „beobachtet“.
4. Bundespräsident Steinmeier läßt das Volk mit Blick auf die AfD-Führung wissen: „...wir lassen uns dieses Land nicht von extremistischen Rattenfängern kaputtmachen.“ Wenn ein Bundespräsident sich hinreißen läßt, alle Wähler der AfD Ratten zu nennen, ist seine Autorität zerschlagen. Dann hilft auch kein Jan Bielicki von der Süddeutschen Zeitung mehr, der in der Art eines Winkeladvokaten mit der billigen Konstruktion eines Bezugs zum Rattenfänger von Hameln daraus eine ehrenwerte Aussage zu zimmern versucht.
5. Das nazistische Auftreten Björn Höckes wird als Standard der Politik der gesamten AfD dargestellt.
6. Der Kampf gegen Rechtsradikalismus wird mit einem Kampf gegen die AfD gleichgesetzt.
7. Es gibt sichtbare Fälschungen und Desinformationen in der Berichterstattung zu den organisierten Demonstrationen gegen rechts. Damit werden Teile der Bevölkerung in die Irre geleitet und manipuliert.
8. Die Potsdamer Zusammenkunft von Rechtsradikalen im November 2023 wird als Veranstaltung der AfD mit Rechtsextremen deklariert, die CDU-Teilnehmer werden zu diesem Zweck gezielt verschwiegen, der Einfluß des österreichischen Radikalen Martin Sellner wird überbewertet.

9. Die Medien werden mit dem Regierungskurs gleichgeschaltet, indem administrativer und moralischer Druck auf Journalisten ausgeübt wird. Damit wird die Pressefreiheit ausgehöhlt, und die Meinung der Bevölkerung wird manipuliert.
10. In den Regierungsparteien gibt es Überlegungen über Möglichkeiten sowie Forderungen des Verbots der AfD.
11. Die Kritik an der Verfassungsfeindlichkeit der Politik der Grünen-Partei, deren Minister und Staatsbeamte demokratiewidrig alle Entscheidungen gegen Bevölkerungsmehrheiten getroffen haben, wird nicht geduldet. Für diese Parteien gibt es keine Verbotsüberlegungen.
12. Die Kritik an mehrheitlichen Bildungsdefiziten und mangelnder Eignung grüner Politiker in staatlichen Funktionen wird auf vielfältige Weise unterdrückt.
13. Für eine öffentliche sprachliche Äußerung von Formulierungen in sozialen Netzwerken mit sogenannter „nicht erlaubter“ oder „verbotener“ Wortwahl werden Ermittlungsverfahren eingeleitet, die Verfasser werden ohne erkennbaren Grund zum Verhör bei der Kriminalpolizei vorgeladen.

### **3. Politische Finanzvorkommnisse in der Regierung**

1. Bundeskanzler Scholz beantragt eine Erweiterung des Kanzleramts für 800 Mio. Euro. Das wirtschaftliche Erfordernis wird nicht überprüft.
2. Bundeskanzler Scholz beschafft drei Luxushubschrauber zum Preis von 200 Mio. Euro für die Regierung. Eine Begründung der Notwendigkeit erfolgt nicht.
3. Bundesaußenministerin Baerbock verlegt während einer Reise in den USA ihren Standort per Fahrzeug und lässt Regierungsmaschine leer nachfliegen.
4. Bundesaußenministerin Baerbock setzt für den Kauf eines Anwesens in Dänemark für das MfAA 8 Mio. Euro ein, obwohl schon drei vergleichbare Einrichtungen vorhanden sind. Eine Prüfung der wirtschaftlichen Vertretbarkeit wird unterlassen.
5. Bundesaußenministerin Baerbock landet von Afrika kommend in Kopenhagen und lässt wegen der festgelegten Crew-Ruhezeit (3 Stunden) eine andere Crew aus Berlin einfliegen, um wenige Stunden eher zu Hause zu sein.
6. Bundesaußenministerin Baerbock plant Catering-Service im Wert von 170 Mio. Euro/Jahr.
7. Bundesaußenministerin Baerbock gibt 170.000 Euro für Kosmetiker und Fotografen aus, die nicht eigenbezahlt, sondern mit Steuergeldern beglichen werden.
8. Regierungsmitglieder fliegen einzeln mit 11 Regierungsmaschinen zum Klimagipfel nach Dubai.
9. Im Verlaufe der Wahlperiode wurden in der Regierung 11.000 neue Beamtenstellen eingerichtet und mit Freunden und Angehörigen der Politiker besetzt.
10. Die Anzahl der Abgeordneten im Bundestag ist auf Grund eines überalterten Wahlsystems um einige Hundert Mitglieder zu groß. Das ist lange bekannt, eine Veränderung wird kaum ernsthaft erwogen.
11. Bundestagsabgeordnete erhalten 3.000 Euro Inflations- und Energiekostenausgleich, Rentner hingegen erhalten nichts. Bundeskanzler Scholz dazu: „Das Geld wird für wichtigere Dinge gebraucht“.
12. Die Kopplung der Rentenerhöhungen an die Gehälterentwicklung wird unterlaufen. Die Gewerkschaften erstreiten 10 bis 12 %, die Renten steigen um 3,6 %.

13. Die Umsatzsteuer in der Gastronomie wird von 7 % wieder auf 19 % erhöht, obwohl dauerhafte Absenkung öffentlich zugesagt wurde. Das zwingt viele Gastronomiebetriebe zur Aufgabe.
14. Für die Abschaffung der seit langem beklagten Mehrfachbesteuerung der Renten ist keine Lösung in Sicht. Es gibt auch keine Absichtserklärungen.

#### **4. Die Zur Zeit dominierende nicht vertretbare Ausländerpolitik**

1. Die Ermöglichung der mehrfachen Staatsbürgerschaft – sie ist ein logikferner Unfug, den es nur in Deutschland gibt. Schädliche Folgen sind bereits eingetreten.
2. Die Möglichkeit der Absenkung der Zeit bis zur Einbürgerung von Zuwanderern auf drei Jahre – das ist eine politische Fehlentscheidung. So entstehen „Deutsche“, die kaum deutsch sprechen und nicht in die Gesellschaft integriert sind.
3. Eine insgesamt fehlende Einwanderungsbegrenzung – auf diese Weise werden die Grundlagen für den illegalen Sozialzulauf nach Deutschland geschaffen. Die Tätigkeit von Schleuserbanden wird erleichtert.
4. Der geduldete und unterstützte unbegrenzte Familiennachzug von Flüchtlingen – so erhält der Begriff „Umvolkung“ einen nicht mehr zu bestreitenden Inhalt.
5. Der angestrebten Möglichkeit einer muslimischen Partei (MPD) im deutschen Bundestag wird nicht widersprochen – die Trennung von Kirche und Staat wird unterlaufen, weil der Islam stets den Anspruch einer Staatsreligion erhebt. Islamische Lebensregeln werden so auf Deutschland übertragen, wie schon vom muslimischen Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour gefordert.
6. Die Behauptung, den Fachkräftemangel durch massenhafte Einwanderung reduzieren zu können – sie ist eine surrealistische Illusion. Die Aus- und Weiterbildung nachfolgender Generationen der eigenen Bevölkerung wird damit auszuhebeln versucht.
7. Die Ablehnung der Einführung einer Bezahlkarte für Ausländer (Flüchtlingsrat Brandenburg) – diese Ablehnung ist ein gedankenloser Unsinn und behindert die Senkung der Kosten für die Flüchtlingsunterhaltung. Die Bezahlkarte als Diskriminierung der Flüchtlinge zu deuten ist absurd.
8. Ukrainische Flüchtlinge können in Deutschland Rente nach ukrainischem Renteneintrittsalter beantragen (60 Jahre für Männer, 57,5 Jahre für Frauen) – damit gelten in Deutschland nicht mehr die deutschen Gesetze. Die notwendige Rückkehr der Flüchtlinge in die Ukraine nach Wegfall des Asylgrunds wird erschwert.
9. Ukrainische Flüchtlinge erhalten ohne Antrag Bürgergeld – das ist ein Schlag gegen die notwendige Prüfung des Flüchtlingsstatus, eine Begünstigung der illegalen Einwanderung.
10. Bürgergeld statt Arbeitspflicht für Flüchtlinge – damit wird das allgemeingesellschaftliche Grundprinzip, daß jeder zum Erwerb seines Lebensunterhalts einer Arbeit nachgehen muß, außer Kraft gesetzt.
11. Das Unterbinden der Abschiebung krimineller Ausländer – eine völlig unverständliche Mitleidspolitik auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung.
12. Die fehlende Sofortablehnung des Asylantrages von Einwanderern ohne Personaldokument – dies kommt einer Aufforderung zur Duldung von Betrug an der Souveränität deutscher Behörden gleich.
13. Die Duldung von Pro-Hamas-Auftritten als sogenanntes „demokratisches“ Recht – das ist ein völlig falsch verstandenes Demokratieverständnis, nach dem jeder tun

kann, was er will. Den Staatsorganen wird ihre Autorität zum Schutz der Gesellschaft abgesprochen. Mit dieser Denkweise könnte man auch Nazi-Aufmärsche nicht mehr verbieten.

14. Schwaches, ungenügendes Eingreifen gegen die sogenannte „Scharia-Polizei“ in Düsseldorf – das ist ein nicht zu duldenes Versagen unserer Sicherheitsorgane und der Justiz.
15. Eine falsch verstandene Rechtsstaatlichkeit bei der Bekämpfung von Ausländerkriminalität – sie behindert die Kriminalitätsbekämpfung und fördert Parallelwelten- und Clan-Bildung von Zuwanderern im Land, die den deutschen Staat ablehnen.
16. Die juristische Duldung von arabischen sogenannten Familien-Clans als Wirtschaftsgruppierungen, es ist keine Zerschlagung vorgesehen – das unterstützt die Ausbreitung zweifelhafter ausländischer Geschäftemacherei und der Wirtschaftskriminalität in Deutschland.
17. Die Einschränkung der Rechte der deutschen Polizei bei Festnahmen von Ausländern ohne Aufenthaltsrecht mit dem Ziel der Abschiebung – unter dem Scheinargument der Rechtsstaatlichkeit, werden Zugriffsmaßnahmen beschränkt.
18. Nichtbegründbare Abschiebestopps in sichere Länder, in denen keine Gefahr für Leib und Leben besteht – dies ist ein eklatanter Bruch des Prinzips der Souveränität des deutschen Staates sowie auch eine Aufweichung des Asylrechts.
19. Die Duldung der Wiedereinreise von Flüchtlingen, die befristet in ihre Herkunftsländer zum Urlaub reisen – das ist eine offene Unterstützung des Mißbrauchs des Asylrechts.
20. Gemeinsamer Schulunterricht von deutschen Schülern und ausländischen Kindern, die kein Deutsch sprechen – das ist eine Politik zum Schaden des Bildungsniveaus der deutschen Schulpflichtigen.
21. Araber erhalten in Deutschland Bürgergeld für alle ihre Frauen – damit wird die deutsche Familiengesetzgebung außer Kraft gesetzt.
22. Fatale Zugeständnisse an Muslime, die unterbunden werden müssen:
  - a. kein Schweinefleisch in der Schulspeisung,
  - b. keine Weihnachtsbäume in unseren Kindergärten,
  - c. Islam-Unterricht an deutschen Schulen,
  - d. Einführung islamischer Feiertage für Muslime in Deutschland.
23. Das Einräumen eines Vorrangstatus‘ für Flüchtlinge vor den deutschen Bürgern – es ist ein Skandal, der nicht geduldet werden kann:
  - a. Bevorzugung von Flüchtlingen bei der Wohnungsvergabe vor obdachlosen Deutschen.
  - b. Beschlagnahme von Wohnraum für Flüchtlinge.
  - c. Verlegung eines Altersheims, um darin Flüchtlinge unterzubringen.
  - d. Bau von Flüchtlingsunterkünften ohne Zustimmung der Bevölkerung (Falkensee, der Landrat Havelland entscheidet selbstherrlich allein)

Alle 64 Aufzählungen in den vier genannten Gliederungspunkten zeigen nach meiner Auffassung sehr deutlich, daß die Politik der deutschen Regierung in dieser Weise nicht fortgesetzt werden kann. Grundlegende Veränderungen der Arbeitsweise zu den ausgeführten Darstellungen sind unerlässlich, wenn Deutschland als fortschrittliche Industrienation in der Welt erhalten bleiben soll.

Dazu müssen die gegenwärtig etablierten politischen Parteien entweder die Richtung ihrer Arbeit umkehren und auf die allseitige Stärkung des Landes hinwirken, oder aber sie müssen ihre Führungsansprüche abgeben. Eine Alternative hierzu sehe ich nicht.

Die einseitige Ausrichtung der deutschen Politik auf Klima- und Naturschutzkriterien ist inakzeptabel, und sie ist auch auf Dauer nicht durchführbar, ohne die Lebensqualität im Lande noch weiter zu reduzieren und immer mehr einzuschränken. Das gilt um so mehr, als die gegenwärtig verbreitete Klimakatastrophenideologie auch in der Wissenschaft zunehmend kritisch hinterfragt wird. Es gibt auch in der Wissenschaft krisenbehaftete Vorgänge, ideologische Vereinnahmungen von Wissenschaftlern, die einer Änderung bedürfen. Das zu zeigen ist aber Aufgabe eines anderen Beitrages auf meinem Portal, der sich noch in der Bearbeitung befindet.

Die nach jeder Wahl in Deutschland einsetzende unsägliche Postenschacherei um die Führungspositionen, bei der es ausschließlich um Parteiprozente und niemals um Qualifikation und Eignung der einzusetzenden Funktionäre geht, muß zugunsten einer fach- und sachbezogenen Auswahl beendet werden. Es kann nicht fortgesetzt werden, daß Mitglieder der Gesellschaft, die nichts gelernt haben, keine Ausbildungsabschlüsse haben und nie einer beruflichen Lebensarbeit nachgegangen sind, Politiker zu sein glauben und das Land regieren wollen, und damit den hochspezialisierten und fleißigen Mitgliedern der Gesellschaft ihre ruinösen Ideen und Vorhaben aufzwingen. Das ist mein Appell an alle Deutschen.